Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 81. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 5. April 1933. | 15. Jahrgang.

Die **Menschen verzeihen eher, daß man sie belügt, als daß man ihnen die Wahrheit sagt.**

Die Presse im Dienste des nationalen Staates.

Um die Freiheit der öffentlichen Meinung.

Der neue Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Herr Dr. Goebbels, hat neulich vor Vertretern der Presse über die Aufgaben des neuen Ministeriums gesprochen. Das neue Ministerium umfaßt folgende fünf Abteilungen: Rundfunk, Presse, aktive Propaganda, Film, Theater und Volkserziehung. Uns interessiert jetzt besonders, was hier von der Presse, ihrer Stellung und ihren Aufgaben im neuen Staate gesagt wird. In dem Bericht, der durch die Zeitungen ging, heißt es u. a.:

> Den Aufgaben der Abteilung Presse sie zuwendend, erklärte der Minister, er sehe in einem Verbot keinen normalen und auch keinen idealen Zustand. Die Presse müsse der Regierung helfen, sie solle auch die Regierung kritisieren dürfen. Sie dürfe aber nicht kritisieren, um der Regierung das Volk aus der Hand zu schlagen. Die Presse dürfe nicht nur informieren, sondern müsse auch instruieren. Die nationale Presse sei ein Klavier, auf dem die Regierung spiele, ein ungeheuer bedeutsames Massen-Beeinflussungs-Instrument, dessen sich die Regierung in ihrer verantwortungsvollen Arbeit bedienen müsse. Er selbst betrachte sich als obersten Verbindungsmann zwischen Regierung und Presse und werde es sich angelegen sein lassen, diese Verbindung niemals abreißen zu lassen.

Grundsätzlich geht es hier also um die Frage der Pressefreiheit und um die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung. Wie ist diese Freiheit möglich, ohne daß die Macht und Autorität des Staates dadurch gefährdet wird? Wo findet diese Freiheit ihre Grenze an der Autorität des Staates, wo liegt dagegen die Grenze des Staates, der um seiner selbst, um seiner wahren, inneren Autorität willen die freie Meinung ertragen muß, unter Umständen auch dann, wenn sie sich kritisch und ablehnend äußert? Die Frage nach dem totalen Staat, die Frage nach seiner Unbedingtheit und nach seiner Grenze erhebt sich also auch hier.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Mittel. Wenn der Staat in seinem wesentlichen Bestande gefährdet ist, darf er vor schweren Eingriffen in die Rechte und Freiheiten des einzelnen Staatsbürgers und der einzelnen Körperschaften nicht zurückschrecken. Damit sind Presseverbote, wie wir sie in den letzten Wochen wieder häufig erlebt haben, erklärt und gerechtfertigt. Wir leben in der Zeit der legitimen Staatsumwälzung, die in ihrem gesetzmäßigen Gang dadurch gehemmt und verschärft wurde, daß die Feinde sie gewaltsam aufzuhalten und zu erledigen suchten. (Attentat auf das Reichstagsgebäude, Entdeckungen im Liebknechthause). Daß diese Verhältnisse verschärfte Maßnahmen gegen die Konterrevolutionäre herausfordern, daß vor allem auch rücksichtslos gegen eine hemmungs- und gewissenlose Unterhöhlung der Staatsautorität durch eine staatsfeindliche Presse eingeschritten werden mußte, erscheint wohl verständlich. Dabei dürfte es nicht allzusehr ins Gewicht fallen, daß solches Einschreiten im einzelnen Fall vielleicht ungerechtfertigt und einseitig erschien, wenn das auch vom Betroffenen bitter und hart empfunden wurde. Viel mehr der Beleuchtung wert erscheint uns ein anderes.

Die gegenwärtige Regierung ist nicht die erste, die sich genötigt sieht, durch Verbote und durch eine wesentliche Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit gegen eine absolut staatsverneinende und staatszerstörende Kritik einer ihr in völliger Ablehnung gegenüberstehenden Presse sich zur Wehr zu setzen. Es darf daran erinnert werden, daß es Reichskanzler Dr. Brüning war, der sich durch eine seiner Notverordnungen das Mittel zum Kampf gegen die Unbotmäßigkeit der Presse schuf. Es ist ganz deutlich und kann — ganz einerlei, wie man parteipolitisch darüber denkt — nicht in Abrede gestellt werden, daß auch auf diesem Gebiete mit Brüning ein neuer Kurs einsetzt, der irgendwie auch von seinen Nachfolgern nur fortgeführt werden kann. Damit aber ist die Frage, um die es hier geht, in eine neue Beleuchtung gerückt. Vielleicht ergibt sich, daß es sich hier doch nicht nur um Vorgänge und Erscheinungen handelt, wie sie eine revolutionäre Zeit mit sich bringt.

Die Pressefreiheit, wie wir sie heute kennen, und wie sie in den meisten modernen Staaten verfassungsmäßig festgelegt ist, gehört zu jenen bürgerlichen Grundrechten, die ursprünglich auf liberalistisch-demokratischem Boden gewachsen sind. Es ist bezeichnend genug, daß die schrankenlose Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung erstmalig durch die französische Revolution mit der Erklärung der Menschenrechte vom 7. Oktober 1789 der Welt beschieden wurde. Der 11. Artikel jener „Rechte des Menschen und des Bürgers" lautet nämlich: „Die freie Mitteilung der Gedanken und Meinungen ist eines von den köstlichsten Rechten des Menschen; jeder Staatsbürger kann also frei reden, schreiben, drucken, doch muß er in den von dem Gesetz bestimmten Fällen wegen des Mißbrauchs dieser Freiheit zur Verantwortung stehen."

Man muß um diesen Ursprung der heute so hartnäckig festgehaltenen und verteidigten Presse und Meinungsfreiheit wissen, um zu ermessen, wie wenig sie im Grunde zu der neuen Staatsauffassung und dem neuen Staatsdenken, das sich heute wieder Bahn zu brechen scheint, paßt. Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung im absoluten Sinne gehört zum liberalen, demokratischen Staat, der im Grunde keine letzte, verpflichtende Autorität darstellt. Wir erkennen heute mehr und mehr, daß dieser Staat im letzten Grunde kein Staat ist, daß er seine Aufgabe in der Welt nicht erfüllen kann. Ein Staat, der sich dazu berufen weiß, dem Bösen zu wehren und das Gute zu fördern, muß ein Autoritätsstaat sein, der seine äußere und innere Autorität durch keine Unbotmäßigkeit stören lassen darf. Er hat das Recht und die Pflicht, jede ihn gefährdende Unbotmäßigkeit, auch die Unbotmäßigkeit der Presse, wo, wann und wie sie auftritt, um seiner selbst willen rücksichtslos in die Schranken zu weisen.

Nun haben wir seit Brüning in Deutschland die Wendung zum autoritären Staat. Immer deutlicher hat man seitdem mit dem alten demokratischen Liberalismus gebrochen, immer klarer hat man erkannt, daß zum Staatswesen die übergeordnete Macht gehört, die sich zu behaupten und durchzusetzen weiß, und daß man entschlossen sein muß, allen widerstrebenden Kräften gegenüber die Staatsautorität zu wahren. In diesem Staate hat selbstverständlich auch die Presse eine ganz andere Stellung. Die Pressefreiheit kann hier keine unbedingte und unbegrenzte sein. Sie findet wie jede andere bürgerliche und staatsrechtliche Freiheit ihre notwendige Grenze an der Macht und Autorität des Staates. Diese darf nicht untergraben und zerstört, sie muß gefördert und gestärkt, im Volke tief verankert und begründet werden. Das darf aber in keiner Weise das Ende der Pressefreiheit und damit das Ende einer fruchtbaren Mitarbeit der Presse an der Lösung der öffentlichen Aufgaben überhaupt bedeuten. Ganz im Gegenteil. Jetzt erst ist ein wirklicher Dienst der Presse am Volksleben und an der Volksgemeinschaft möglich. Jetzt erst kann die Presse der Regierung helfen und dienen, wie Herr Dr. Goebbels es von ihr fordert. Das darf ihr nicht dadurch verunmöglicht werden, daß der Staat nun seinerseits die ihm gesetzte Schranke nicht erkennt und sie überschreitet, daß er der Presse nicht die Freiheit zugesteht, die sie zur Entfaltung ihrer Aufgabe braucht. Diese Gefahr liegt heute zweifellos nahe. Welche Aufgabe hat überhaupt die Presse im nationalen Staat? Dr. Goebbels sieht in ihr vor allem das Instrument zur Beeinflussung der Massen, dessen sich die Regierung in ihrer verantwortungsvollen Arbeit bedienen müsse. Aber vielleicht ist das doch nur die eine Seite der Sache. Die Presse hat doch auch das Organ des Volkes der Regierung gegenüber zu sein. Die Regierung kann hier das Echo vernehmen, das ihr Verhalten und ihr Handeln im Volke findet. Eine Regierung wird ihre Arbeit um so erfolgreicher tun können, je mehr sie sich diese Stimmen aus dem Volke, auch wenn sie einmal Bedenken und Kritik äußern, gefallen läßt. Der Dienst einer gut disziplinierten Presse, der es wirklich um die Wahrheit geht und die das Beste des Ganzen sucht, kann ungeheuer viel Gutes schaffen. Umgekehrt verrät der Staat seine äußere und innere Schwäche, wenn er sich diesen Dienst verbittet, wenn er gar seinen Bürgern meint vorschreiben zu können, was sie glauben, denken, meinen und halten sollen. Wer es gut meint mit unserem Volk und Staate, wer wünscht und hofft, daß der gegenwärtigen Regierung das große Werk der Reform gelingen möge, dem muß es ein Anliegen sein, daß der Staat hier seine Grenze erkennen und sich in sie fügen möge.

Es gibt eine Instanz, die über alle Machtpositionen des autoritären und omnipotenten Staates hinausgeht, gegen die sich keine Staatsgewalt ungestraft auflehnen darf. Es ist die Wahrheit. Wer ihr dient, der darf sich keinem Machtanspruch einer irdischen Gewalt beugen. Das gilt von der Presse, das gilt überhaupt von jeder Gemeinschaft im Staate, das gilt in ganz besonderer Weise von der Kirche. Wir betonen noch einmal: Der Dienst der Wahrheit an der Oeffentlichkeit muß frei und unverboten bleiben. So allein kann er zum Dienst werden, dadurch der Staat in der Erfüllung seiner Aufgaben sich nicht gehemmt, sondern mächtig gefördert sieht.

H. St.

Kann Schwundgeld unserer Wirtschaft helfen?

(Eine Erwiderung auf Otto Remmerts Aufsatz in Nr. 69 des „Aufwärts".)

In seinen beiden Artikeln obiger Ueberschrift (Aufw. v. 12. 1. und 22. 3. 33) behauptet R., Zinsverzicht (Zinsverlust) und Nennwertschwund des Freigeldes kämen auf eins hinaus. Ich bleibe bei seinem Beispiel von den 1½ Milliarden, die nach Angabe des früheren Finanzministers Dr. Dietrich in Deutschland gehamstert waren. Dazu schreibt R.: „Ich rechne nüchtern aus, daß diese Hamsterer insgesamt 75 Millionen Mark an Zinsen in einem Jahre verloren haben, Zinsfuß 5 Prozent. **Das ist haargenau das, was sie später auch verlieren werden beim Schwund."** Ist das richtig? — Nein! Wohl haben die Geldhamsterer in diesem Falle auf 75 Millionen Mark Zinsen verzichtet, aber der Geldschatz ist unversehrt geblieben. Ganz anders beim Schwundgeld. Hier kommen zu den 75 Millionen Mark Zinsverlust noch einmal 75 Millionen Mark Nennwertschwund hinzu! Bei Freigeld bleibt der zurückgehaltene Geldschatz nicht erhalten, sondern nimmt ständig ab: aus den besagten 1500 Millionen sind nach einem Jahr 1425 Millionen geworden! Ich frage noch einmal: Ist das dasselbe? Würde dieser Verlust nicht genügen, den Geldhamsterern ihr schädliches Tun gründlich zu verleiden, und das Geld seiner Bestimmung, der Wirtschaft als Tauschmittel zu dienen, zuzuführen? Und wie würde es erst sein, wenn man den Nennwertschwund des Geldes nach amerikanischem Muster auf 2 Prozent pro Woche festsetzte! In 50 Wochen würde das Geld sich selbst verzehrt haben, würde von der ganzen Hamstersumme nichts mehr übrig sein. **Zinsverlust und Nennwertschwund ist nicht dasselbe!**

Aber die Verwechslung ist noch wesentlich schlimmer. Geldhamsterei großen Stiles tritt immer in Deflations- (Preisabbau-)zeiten auf, also in Zeiten steigenden Geldwertes. In der großen Deflationsperiode von 1928 bis heute ist der durchschnittliche Preisstand innerhalb drei Jahren um ein Drittel gesunken (Großhandelsindex 1928 = 140, heute = 91). Das bedeutet eine Steigerung der Kaufkraft des Geldes um 50 Prozent. (Was 1928 150 Mark kostete, erhält man jetzt für 100 Mark, für die restlichen 50 Mark kann man noch einmal die Hälfte davon kaufen). Der Geldhamsterer hat also trotz nominellen Zinsverlustes einen Kaufkraftgewinn von 50 Prozent in 3 Jahren zu verzeichnen, das macht für ein Jahr 16⅔ %. Ist das nicht auch eine Verzinsung, und zwar eine recht gute? Ist dieser gewissermaßen auf Schleichwegen erzielbare hohe Gewinn nicht vielleicht mit ein Grund für die großen Geldmänner und Spekulanten von Zeit zu Zeit mit Hilfe der Goldwährung eine solche Deflation durchzuführen? Wer da behauptet, Zinsverlust und Nennwertschwund des Freigeldes wäre dasselbe, hat Silvio Gesell wahrlich schlecht verstanden.

R. ist verbissener Gegner des freien Handels und der freien Preisbildung; darum möchte er den Handel aus der Volkswirtschaft ausmerzen und die Preise bürokratisch festsetzen (Berthold Ottosche Rechenwirtschaft), was übrigens die Monopolunternehmungen heute schon tun. Er verkennt also vollkommen die bedeutsame Funktion der freien Preisbildung innerhalb der Volkswirtschaft. Angebot (Ware) und Nachfrage (Geld) bestimmen den Preis. Dieser liegt in einem gewissen Verhältnis über den Gestehungskosten und kann sich auf die Dauer nicht weit von ihnen entfernen, sich ihnen aber auch nicht zu stark nähern. Ein hoher Preis, der dem Erzeuger einen übermäßigen Gewinn ermöglicht, lockt neue Erzeuger an; dadurch wird das Angebot vergrößert und der Preis wieder tiefer auf die Gestehungskosten herabgedrückt. Sinkt dagegen der Preis so tief, daß sich die Erzeugung einer Ware nicht mehr lohnt oder gar ein Verlust entsteht, so werden viele Erzeuger, und zwar in erster Linie die weniger tüchtigen, dadurch veranlaßt, die Herstellung dieser Ware einzustellen und sich einem anderen Gebiet zuzuwenden; das Angebot geht zurück, und der Preis hebt sich, bis die Erzeugung wieder lohnend wird. So bewirkt die freie Preisbildung 1. daß sich die Erzeuger immer den Gebieten zuwenden, auf denen die größte Nachfrage herrscht (Friedrich Engels: Die Produzenten werden durch den Preis mit der Nase darauf gestoßen, was sie erzeugen müssen.), 2. daß sich die Gewinne innerhalb der gesamten Volkswirtschaft immer wieder angleichen, 3. daß sich der Grundsatz der Qualität in Erzeugung und Leistung zwangsläufig überall durchsetzt. Wenn die Wirklichkeit von heute ein Zerrbild des angedeuteten Zustandes ist, so liegt dies daran, daß ein wahrhaft freier Wettbewerb noch nie bestanden hat, weder im Liberalismus noch im Hochkapitalismus. Die beiden Monopole Geld und Boden und die auf diesen sich auf-

411 Stadt.Bibliothek S 839

bauenden Truste, Syndikate, Kartelle usw. haben, so lange sie bestehen, das sog. freie Spiel der Kräfte verfälscht. Eine wahrhaft freie, von allen Monopolen befreite private Wirtschaft ist gleichzeitig die beste „Planwirtschaft, die nur denkbar ist. Nur wer den wunderbaren Mechanismus des freien Spiels der Kräfte verkennt und die Verfälschung dieses dynamischen Systems durch das Boden- und Geldmonopol übersieht, kann dem Wahnsinn verfallen, es durch eine Riesenbürokratie — heiße sie nun Kommunismus, Planwirtschaft oder Rechenwirtschaft — ersetzen zu wollen. Man beseitige diese beiden Urmonopole durch Freiland und Freigeld, und alles ist in Ordnung.

Zum Thema „Spekulation noch ein kurzes Wort. Die Spekulation hatte und hat auch heute noch in der Volkswirtschaft ihre Bedeutung, und es gab eine Zeit, wo das Wort einen guten Klang hatte. Heute ist sie entartet. Seit die Spekulation darauf ausgeht, Angebot und Nachfrage mit unlauteren Mitteln zu beeinflussen, um große, durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht begründete Preisschwankungen zu erzeugen und Riesengewinne zu erzielen, ist sie unnatürlich und zu einer Pestbeule am Wirtschaftskörper der Nationen geworden. Voraussetzung jeglicher Spekulation ist aber das Vorhandensein umfangreicher Bargeldreserven. Rockefeller und Morgan zogen 1907 nicht weniger als 1½ Milliarden Dollar aus dem Verkehr und hielten sie Wochen und Monate hindurch fest, um die Riesenkrise von 1907/08 zu erzeugen und ihre wirtschaftlichen und politischen Zwecke zu erreichen. Auch die Krise von 1929 ist durch einen starken Geldrückzug von seiten der Firma Morgan u. Co. eingeleitet worden. Diese privaten Bargeldreserven werden durch das Freigeld aufgelöst und für alle Zukunft unmöglich gemacht. Damit ist dann auch die Spekulation im üblen Sinne des Wortes erledigt. Erwähnt sei noch, daß durch die Indexwährung, die wiederum erst durch das Freigeld möglich wird, die größten Formen der Spekulation, Inflationen und Deflationen gleichfalls für immer ausgeschaltet werden.

Auf die ethische Seite der Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld will ich nicht näher eingehen. Nur soviel sei gesagt: Der Mensch mit allen seinen Eigenschaften ist ein Bestandteil der Schöpfung Gottes, von der es in der Bibel heißt: Sie war sehr gut. So wird auch wohl der Eigennutz, den Gesell ausdrücklich von der Selbstsucht unterscheidet, als Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung wie auch der Freiwirtschaft nicht zu verwerfen sein. Die Freiwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, in der niemand, wenn er sich in seiner wirtschaftlichen Betätigung von dem ihm angeborenen natürlichen Eigennutz leiten läßt, seinem Mitmenschen Schaden zufügen kann, sondern der Volksgemeinschaft nützen muß. Spekulationsgewinne, Zins und private Grundrente, also jegliche Form arbeitslosen Einkommens sind ausgeschaltet. Und eine solche Wirtschaftsordnung soll unchristlich sein? Wenn Herr Remmert schon dieser Meinung ist, so gibt es doch auch ernste Christen genug, die anderer Ansicht sind, z. B. der evangelische Pfr. Burri in Bern oder der greise frühere Erzbischof Kordac von Prag. Und Oberstudiendirektor D. Uhlemayr in Nürnberg und Universitätsprofessor Dr. Ude in Graz sehen in der Freiwirtschaftslehre den Schlußstein und die Krönung der einzigartigen christlichen Wrtschaftslehre des hl. Thomas von Aquino.

Zum Schluß eine Mahnung: Alle diejenigen, die, weil sie statisch denken, die Dynamik des Wirtschaftslebens und darum das großartige Reformwerk Gesells nur schwer zu erfassen in der Lage sind, mögen doch vorsichtig sein und nicht auf Grund eines offenbaren Irrtums eine Kritik verfassen, die beim ersten genaueren Zusehen wie ein Kartenhaus zusammenstürzen muß. Eine solche Kritik fällt zu leicht auf den Verfasser zurück.

Alber Lechebusch, Wuppertal.

An die Reichsregierung!

Dieser Zuschrift geben wir Raum, nicht weil wir meinen, der Regierung besonderen Eindruck damit machen zu können, sondern um den Lesern zu zeigen, auf wie vielerlei Wegen es noch möglich wäre, große Teile der Wirtschaft in Bewegung zu bringen. Für diese und ähnliche, für die Volkswirtschaft und für die Volksgesundheit bedeutungsvolle Pläne ist Dr. Bonne ja auch hier im Aufwärts schon oft eingetreten. Ob man jetzt darauf hören wird? Die Schriftleitung.

Die ergebenst unterzeichneten Fischerei-Verbände bitten dringend, bei dem Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes uns Berufsfischer des Unterelbegebietes nicht vergessen zu wollen. Unsere Not ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt und von Jahr zu Jahr derart gestiegen, daß die meisten von uns dicht vor dem völligen Ruin stehen. Schuld hieran ist einmal das geringe Verständnis der Wasserbaubehörden für unsere Belange und zu zweit die kolossale Verschmutzung der Unterelbe sowohl durch die an ihrem mittleren Laufe liegenden Städte und Industrien, insbesondere aber durch die außerordentliche Verpestung der Elbe durch den Großstadtkomplex Hamburg-Altona auf dem Norduser und Harburg-Wilhelmsburg auf dem Süduser der Elbe. Des ferneren kommt hinzu, daß die auf den Nebenflüssen der Elbe liegenden mittleren und kleinen Städte dem gewissenlosen Beispiel der großen Städte gefolgt sind und mit ihren städtischen und Industrie-Abwässern diese kleinen Flüsse derart verpesten, daß es den Wanderfischen, insbesondere dem Lachs und dem Stör, diesen beiden Edelfischen der deutschen Ströme, einfach unmöglich gemacht wird, ihre seit Urzeiten gewohnten Laichplätze aufzusuchen. Würde jeder Stadt und jeder Industrie, insbesondere auch den Schiffen, aufgegeben werden, den Flüssen nach dem jeweiligen Stande der Technik und der Wissenschaft ihre Verunreinigung fernzuhalten, durch die sie jetzt fast jedes Fischleben in den Flüssen vernichten, so würden wir in kurzer Zeit bei einer gewissenhaften Durchführung dieser Gesetze mit Sicherheit einen neuen großen Fischreichtum in unseren deutschen Gewässern erzielen können. Von welcher Bedeutung dies sein würde — ein Punkt, auf den der Sozial-Hygieniker Sanitätsrat Dr. Bonne in Klein-Flottbek schon vor 40 Jahren aufmerksam gemacht hat, also lange vor dem Weltkrieg! —, wenn uns noch einmal wieder ein Blokkade-Krieg drohen würde, was Gott verhüten wolle, dies brauchen wir hier wohl nur kurz anzudeuten. Die Folgen der Verschmutzung unserer Unterelbe macht sich geltend bis über das Mündungsgebiet des Stromes hinaus, ja bis ins Wattenmeer hinein können wir diese Folgen nachweisen.

Die Wege, auf denen die Unterelbe von ihren verunreinigenden Zuflüssen reinzuhalten wäre, hat Herr Dr. Bonne in Klein-Flottbek in seinen zahlreichen Büchern und Schriften über diesen Gegenstand auf das eingehendste erläutert. Wir wissen wohl, daß in Hamburg Sonderbestrebungen vorhanden sind, die Abwässer von Hamburg allein für sich abzuklären. Bei unserer genauen Kenntnis der Wasserverhältnisse im hiesigen Stromgebiet und der dasselbe verunreinigenden Zuflüsse warnen wir die Reichsregierung davor, daß sie solche halben Maßnahmen duldet. Hier muß endlich einmal aller Partikularismus schweigen, damit im Interesse des Vaterlandes ein wahrhaft nationales Werk zustande kommt. Schon als ein vorbildliches Beispiel für alle Städte unseres Vaterlandes und gleichzeitig ein Vorbild für alle übrigen Städte der Erde, damit es wieder heißt: Deutschland in der Welt voran! Selbstverständlich erfordern unsere fischereilichen Interessen, daß die Wasserbauverwaltungen mehr Rücksicht nehmen auf die Schaffung von Buchten und anderen stillen Stellen im Stromgebiet als Laichplätze und Tummelplätze für die Jungfische.

So wie es uns Binnenfischern hier an der Unterelbe geht, geht es fast den sämtlichen Binnenfischern im ganzen Reiche. Die Hochseefischerei hat es durch sehr geschickte Reklame verstanden, daß Interesse der Landesregierungen fast ausschließlich auf ihre Interessen hinzulenken, aber sie hat es wohlweislich verschwiegen, daß in Deutschland weit über 50 000 Binnenfischer-Familien durch die Vernachlässigung unserer Ströme im Begriff sind, zum ärmsten Proletariat herabzusinken. Ueber 50 000 Familien, die der Nation immer kraftvollsten Nachwuchs zuzuführen imstande waren! Man hat auch, insbesondere hier in Hamburg-Altona, die wirtschaftliche Bedeutung unserer Elbfischerei, hypnotisiert durch die fabelhafte Reklame der Hochseefischerei, auf das verhängnisvollste verkannt. Wir betonen an dieser Stelle aber, daß es für die Wirtschaft eines Stadtwesen wie Hamburg-Altona sicher nicht gleichgültig sein kann, wenn wir aus dem Fluß, der an den Städten vorbeifließt, tagtäglich ungezählte Zentner gesündester und billigster Nahrung für die Bevölkerung herausholen, von dem Lachs- und Störreichtum früherer Zeiten ganz zu schweigen, der aber bei einer streng durchgeführten Flußreinhaltung unbedingt wiederkehren würde.

Haben wir Fischer aber Verdienst, so ist damit zugleich eine ganze Reihe anderer Gewerbe und damit ein erheblicher Teil der Wirtschaft von Hamburg Altona angekurbelt, denn wir brauchen zur Ausübung unseres Berufes Fahrzeuge, die auf Altonaer und Hamburger Werften gebaut werden, wir brauchen vor allen Dingen Netze, die in Hamburger und Altonaer Netzfabriken hergestellt werden können. Diese Netzfabriken brauchen andere Faserstoffe, die der Handel herbeischaffen muß. Wir brauchen Motore für unsere Fahrzeuge, die in den Fabriken unserer Städte hergestellt werden müssen. Wir brauchen Oelfarben und Teer, um unsere Fahrzeuge immer wieder überholen zu können. Man sieht aus diesen wenigen Beispielen schon, wie tief unser Gewerbe in die Wirtschaft hineingreift, daß es uns fast unbegreiflich erscheinen will, daß man die handelswirtschaftliche Bedeutung unseres Berufes solange verkannt hat.

Wir wissen aus Vorträgen des großen Oberingenieurs Andreas Meyer, die derselbe nach der Cholera-Epidemie 1892 in Hamburg gehalten hat, daß dieser wohl bedeutendste Wasserbautechniker, den Hamburg je besessen hat, den Plan des praktischen Arztes Dr. Bonne, den derselbe für die Reinhaltung der Elbe ausgearbeitet hatte, als den besten und am praktischsten durchführbaren öffentlich erklärte. So bitten wir denn die Reichsregierung dringend, da die Ausführung dieses Planes vielen Tausenden von Arbeitern auf Jahre hinaus lohnende Arbeit geben, ungezählte Gewerbe und Betriebe in beiden Städten mit nutzbringender Arbeit beschäftigen, der Landwirtschaft von Schleswig-Holstein für 40 Quadratmeilen Oedland nach Ausspruch der Landwirtschaftskammer willkommene Dungstoffe zuführen und uns Fischern des gesamten Unterelbegebietes wieder lohnende Arbeit schaffen würde, dieses große, segensreiche Projekt zur Ankurbelung der gesamten Wirtschaft in unserer nordwestdeutschen Heimat schleunigst in die Hand zu nehmen. Es dürfte kaum ein Unternehmen geben, welches in Wirklichkeit soviel neuen Reichtum, soviel Förderung der Ge-

Adolf Hitler im Felde.

(Fortsetzung.)

(Mein Kampf, S. 182) „Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres und des Weltkrieges zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Söhne ihres Volkes waren." Nur ganz wenig hat Adolf Hitler über seine Kriegserlebnisse verlauten lassen. Was er geleistet, darüber schweigt er. Er hat keine Kriegsmemoiren geschrieben wie andere. Wir erfahren nur gelegentlich davon, daß er am 7. Oktober 1916 verwundet wurde und nach 2 Jahren zum ersten Male wieder in die Heimat kam. Er erwähnt dies eigentlich nur so nebenbei, um zu zeigen, welche Veränderung in der Stimmung der Heimat vor sich gegangen war. Ihm war dieser ganze Geist zuwider, darum meldete er sich sofort nach der Entlassung aus dem Lazarett und nach seiner Ankunft beim Ersatzbataillon zu München wieder ins Feld. Anfang März 1917 war er wieder bei seinem alten Bataillon. Am 14. Oktober erlitt er eine schwere Gasvergiftung.

(M. K. S. 220) „Auf einem Hügel südlich von Wervik waren wir noch am Abend des 13. Oktober in ein mehrstündiges Trommelfeuer von Gasgranaten gekommen, das sich dann die ganze Nacht hindurch in mehr oder minder heftiger Weise fortsetzte. Schon gegen Mitternacht schied ein Teil aus von uns, darunter einige Kameraden gleich für immer. Gegen Morgen erfaßte auch mich der Schmerz von Viertelstunde zu Viertelstunde ärger, um sieben Uhr früh schwankte ich mit brennenden Augen zurück, meine letzte Meldung im Kriege noch mitnehmend.

Schon einige Stunden später waren die Augen in glühende Kohlen verwandelt, es war finster um mich geworden." (M. K. S. 220.)

Erblindet kam er ins Lazarett nach Pasewalk in Pommern. Daß er in den ersten Tagen als einer der ersten des Regiments im Felde schon das Eiserne Kreuz und im März 1915 das bayerische Verdienstkreuz, sowie später das E. K. 1 als einfacher Gefreiter erhielt, davon erwähnt er selbst nichts. Es ist das Traurigste und Gemeinste, ein Zeichen für den Tiefstand und Haß seiner politischen Gegner, daß sie es wagten, Adolf Hitlers Tüchtigkeit im Felde herabzusetzen oder lächerlich zu machen, weil er es nur zum Gefreiten gebracht hätte.

Hat Hitler selbst auch nicht viel über seine Felderlebnisse mitgeteilt, sondern darüber, wie es ganz zu dem Bilde und Charakter des Führers paßt, geschwiegen, so hat doch ein Kamerad Hitlers, der als Meldereiter mit ihm fast täglich zusammen war, ein feines Büchlein darüber geschrieben (Adolf Hitler im Felde von Hans Mend, Verlag Huber Diessen 1931, Preis 2,60 Mk.). Hier sehen wir, was Hitler geleistet hat. Die nationalsozialistische Bewegung kann stolz auf einen solchen Führer sein, der auch im Felde, als einfacher feldgrauer Soldat in überragender Weise allzeit seinen Mann gestanden hat. Er war, wie Mend bezeugt, schon im Felde derselbe wie er auch heute immer noch erscheint: „Tapfer, furchtlos, überragend." Adolf Hitler war Gefechtsordonnanz und daher viel mehr dem feindlichen Feuer ausgesetzt als die Kompagnie selbst, da die Ordonnanzen mit den Meldungen immer auf dem Wege waren. Gleich im Gefecht am 2. November 1914 bei Hollebeke holte er sich das E. K. In dem Prozeß, den Hitler gegen die Verleumdung des sozialdemokratischen „Hamburger Echos" führte, wurde als Grund dafür bezeugt, daß Adolf Hitler sich mit einer anderen Ordonanz vor den Kommandeur gestellt hatte, als dieser auf einer Patrouille in plötzliches Maschinengewehrfeuer geriet. Auf diese Weise hatte der Kriegsfreiwillige Hitler seinem Regimentskommandeur das Leben gerettet. Er hatte Erstaunliches an diesem Tag und auch später geleistet. An hellem Tag, bei größtem Granat- und Maschinengewehrfeuer, bei welchem die Truppen in den Gräben kaum den Kopf herauszustrecken wagten, war er mit Meldungen vom Regimentsstab zur Stellung unterwegs. Nie hat er etwas verlauten lassen, wenn es ihm miserabel ging.

Im März wurde das Regiment im Stellungskrieg abgelöst und sollte zur Ruhe kommen, doch war der Engländer bei Neuve Chapelle durchgebrochen, sofort wurde es hier eingesetzt. Es waren wieder sehr schwere Tage mit vielen Verlusten. Adolf Hitler holte sich hier das bayer. Verdienstkreuz mit Schwertern. Es lag ein furchtbares Feuer auf dem Gelände, Adolf Hitler war gerade draußen mit einer Meldung zum 1. Bataillon. Man wollte um Hitler sorgen, aber ein Kamerad von ihm sagte: „Für den Hitler brauchst net zu sorgen, der kommt scho durch und wenn er wi'a Katz bis zum Grab'n kriegen muaß."

„Ich möchte den übrigen Meldegängern des Regimentsstabes niemals ihre Leistungen vermindern" schreibt Mend (S. 77), „sie alle haben ihr Bestes gegeben, aber Hitler war ihnen doch überlegen, denn nicht allein Tapferkeit wird von einem guten Meldegänger verlangt, sondern hauptsächlich Intelligenz und Scharfsinn. Auch beim Regimentsstabe wußte man das gut. Des öfteren hörte ich von Oberst Betz, wenn er für eine wichtige Meldung einen zuverlässigen Mann brauchte, den Namen Hitler rufen."

Und von einem anderen Kameraden berichtet Mend:

„Umherblickend sah ich einen Kameraden, der wissen wollte, wo die Ordonnanzen zu finden seien. Ich zeigte nach dem Wagen zu den Meldegängern. Hitler sehend sagte er: „Der Oesterreicher hat natürlich wieder keine Zeit, daß er sich auf die faule Haut legt, der tut gerade, als ob wir den Krieg verlieren, wenn er nicht dabei ist, aber überall kommt er durch; er ist schlau wie ein Fuchs und weiß genau, wenn es Zeit ist zum Hinlegen. Vorgestern habe ich ihn während eines Feuerüberfalles zur Stellung laufen sehen, alle Achtung! Wenn er der Sohn eines Bankiers wäre, müßte er nicht so lange auf den Leutnant warten. Aber als Oesterreicher braucht er bei den Listlern auf nichts zu rechnen, noch dazu, wenn sie hören, daß er nicht gut auf die Habsburger zu sprechen ist."

sundheit der Bevölkerung, soviel Segen in das ganze Land bringen würde, — die Wirtschaft derart ankurbeln würde, wie die Sanierung der Unterelbe, gleichzeitig ein vorbildliches Beispiel für ganz Deutschland und eine große symbolische Handlung für unser von allem Schmutz gereinigtes Vaterland.

Hauptfischereiverein Lüneburg, 1. Vors.: gez. Pehmöller; Küstenfischerverband (Schutzverband der Unterelbe, gez. Taulbach, 1. Vors.; Verein Hamburger Berufsfischer, gez. J. Jansen; Fischerei-Verein Altenwerder, i. A. gez. Schulz.

Gewerkschaftsmonopol gebrochen

Zu der Verabschiedung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen gab der Pressereferent des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Pohl, am Mikrophon des Berliner Senders einige Erläuterungen:

Er betonte, daß dieses Gesetz die Brechung des Gewerkschaftsmonopols bedeute. Die Regierung werde durch Rundschreiben an die Verwaltungsbehörden feststellen, daß alle Verbände als tariffähige Vereinigungen anzusehen seien, die den bekannten Bedingungen des Reichsarbeitsgerichtes entsprächen, die also unabhängig seien, und dergleichen. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß mit diesen Maßnahmen eine endgültige Lösung noch nicht erreicht sei.

Bis dahin bedürfe es noch einige Zeit. Mit dem jetzt Geschehenen solle lediglich das bisherige Unrecht beseitigt, aber nicht der Grundplan für den zukünftigen Aufbau der Gewerkschaftsordnung gegeben werden.

Zum Schluß wies der Vortragende darauf hin, daß der Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder in den Fällen fortfalle, in denen die Kündigung aus staatlichen Gründen erfolge.

Das Ausland lenkt ein

Starke Beachtung des deutschen Abwehrkampfes in der ganzen Welt

Berlin, 4. April.

Die Abwehraktion des deutschen Volkes gegen die Greuelpropaganda, die, vom gesamten Volke getragen, im ganzen Reichsgebiet in voller Ordnung durchgeführt worden ist, hat auf das Ausland stärksten Eindruck gemacht. So hatte die amerikanische Botschaft in Berlin eine Unterredung mit dem Staatssekretär Cordell Hull in Washington, wobei sie mitteilte, daß der Boykott durchaus diszipliniert verlaufen ist. Senator Hull erklärte sich von diesen Darlegungen befriedigt. Entsprechend den Wünschen des Staatsdepartements und der führenden Kongreßmitglieder haben sich die amerikanischen Juden nunmehr entschlossen, die Lage der Juden in Deutschland öffentlich nicht weiter zu erörtern.

Erklärung der amerikanischen Kirchen

Dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses ist von der größten amerikanischen Kirchenvereinigung, dem Bundesausschuß der Christlichen Kirchen, durch ihren Vorsitzenden Reverend Cadman-Neuyork, das folgende Telegramm zugegangen:

Die Beunruhigung christlicher Kreise Amerikas über Meldungen betreffs antisemitische Bewegung in Deutschland bedeutet in keiner Weise, daß das amerikanische Volk die Achtung vor dem deutschen Volk verloren hat oder unsere Liebe zu unseren christlichen Brüdern verringert worden ist.

Wir haben volles Verständnis für die Anzeichen der neuen Einheit und der neugeborenen Hoffnung im deutschen Volk und nehmen innigen Anteil an den Bestrebungen Deutschlands, gleichberechtigt in der Welt zu sein.

Auch die englische Presse erkennt unumwunden an, daß die deutsche Abwehraktion ruhig und planmäßig durchgeführt worden ist.

So schreibt der Berliner Berichterstatter des „Daily Mail", die Ordnung, Pünktlichkeit und Ruhe dieser Aktion hat auf den unbeteiligten Beobachter den tiefsten Eindruck gemacht. Der Boykott ist in einer Art und Weise durchgeführt worden, die des deutschen Volkes würdig war.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Die jüdischen internationalen Bankiers wünschen alles andere als einen neuen finanziellen Zusammenbruch in Deutschland oder eine erzwungene Auswanderung der jüdischen Gemeinschaft aus Deutschland. Infolgedessen geben sie ihren Glaubensgenossen in den verschiedenen Ländern den Rat, Aeußerungen der Entrüstung (worüber? D. Red.) zu unterdrücken, um dadurch den Nationalsozialisten die Möglichkeit zu nehmen, den Boykott nicht wieder aufzunehmen.

Die „Times" bemerkt, die Boykottaktion habe erst so recht augenfällig gezeigt, welche Machtposition das Judentum im deutschen Wirtschaftsleben besitze, obwohl die Juden noch nicht einmal 1 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachten. „Daily Expreß" appeliert an die Großmut der nationalen Bewegung.

Anerkennung in Italien

Anerkennend über den deutschen Abwehrkampf äußert sich vor allem noch die italienische Presse. So brandmarkt „Corriere della Sera" die Haß- und Verleumdungskampagne, die ein Teil der ausländischen Presse gegen Deutschland inszeniert hat, um, so bemerkt das Blatt weiter, damit der Reichsregierung auf jede mögliche Weise Schwierigkeiten und Verlegenheiten zu bereiten.

Man müsse die Hoffnung haben, daß das Verantwortungsgefühl in jenen Zentren zurückkehre, die diese neue zweideutige und verleumderische antideutsche Propaganda inszeniert haben. Bereits seien Anzeichen für größere Vorsicht und Objektivität in der internationalen Beurteilung Deutschlands zu verzeichnen.

Die Hintergründe der Hetze

„Popolo d'Italia", das Mussolini nahesteht, schreibt unter der Ueberschrift: „Ein schlechtes Geschäft" u. a.:

Die jüdischen Verbände in Europa und Amerika sind allzu naiv einer internationalen Propagandaorganisation ins Garn gegangen, die alarmieren oder provozieren will. Die Protestbewegung der Juden gegen Hitler geht offenkundig auf Interessen zurück, die nichts mit dem Glauben oder auch nur mit den Lebens- oder Handelserfordernissen der über die Welt zerstreuten jüdischen Gemeinschaftsverbände zu tun haben.

Die aufgeblasene Kampagne gegen die angeblichen Judenverfolgungen in Deutschland ist offenkundig nur der Vorwand für eine vorbedachte politische Offensive, deren Ziel nicht im geringsten die jüdischen Interessen in der Welt betreffen oder gar fördern kann.

Die Juden werden bald zur Ueberzeugung kommen, daß die Fortführung einer Agitation, die von falschen oder übertriebenen Alarmnachrichten ausgeht und sich einer Presse bedient, die — ein eigenartiges Zusammentreffen — auch auf anderen Gebieten sich durch ihre Gegnerschaft gegen die Wiedergeburt des deutschen Volkes auszeichnet, die Lage der Juden, die im Reich und unter seinen Gesetzen leben, in keiner Weise bessern kann. Die Anstifter dieser Wühlarbeit stehen nie mit ihrer eigenen Haut für die Folgen ihrer Tätigkeit ein und immer gelingt es ihnen wieder, sich rechtzeitig ohne Schaden in Sicherheit zu bringen. Diesmal aber scheinen die Juden Gefahr zu laufen, für alle Unkosten einer unvernünftigen und in der Luft hängenden Spekulation aufkommen zu müssen.

Noch Teilhetze

Vereinzelt sind allerdings auch jetzt noch Hetzer am Werke; so will ein amerikanischer jüdischer Staatsanwalt Aarin Sapiro durch einen jüdischen „Kriegsrat" die Zerstörung des deutschen Handels und der deutschen Industrie betreiben. Es ist zu hoffen, daß auch diese Sonderlinge schleunigst verstummen. So wendet sich der nationalsozialistische „Angriff" gegen diese Hetzer mit den Worten: „Die jüdischen Hetzer in den anderen Staaten tun ihren Rassegenossen einen schlechten Dienst, wenn sie fortfahren, die deutsche Ehre in den Schmutz zu ziehen. Deutschland nimmt dann noch einmal einen Kampf auf, der erst mit der Niederzwingung des jüdischen Gastvolkes beendet sein wird."

Um das Viererabkommen

Berlin, 4. April.

Die internationale Politik wird gegenwärtig beherrscht vom englisch-italienischen Vorschlag eines Viermächtepaktes zwischen den vier großen Weststaaten Deutschland, England, Italien und Frankreich. Zweck dieses Paktes ist die Sicherung des Friedens während der nächsten zehn Jahre, und zwar soll vor allem verhütet werden, daß bei einem etwaigen Scheitern der Abrüstungskonferenz — und mit dieser Möglichkeit muß man doch immer rechnen — ein allgemeines Wettrüsten eintritt und der Weltfrieden durch neue kriegerische Verwicklungen gestört wird. Dieser Vorschlag ist bekanntlich kürzlich bei dem letzten Besuch Macdonalds in Rom ausgearbeitet und im Anschluß daran den beiden anderen in Aussicht genommenen Partnern des geplanten Viermächtepaktes zur Stellungnahme unterbreitet worden.

Ein solcher Viererpakt wäre natürlich nur unter völlig gleichberechtigten Partnern denkbar. Das widerspricht aber der französischen Politik, die sich seit Jahren die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft Frankreichs in Europa zum Ziele gesetzt hat. In einem Viererpakt wäre aber das Zustandekommen einer Mehrheit gegen Frankreich jederzeit möglich. Ein Pariser Blatt erklärt es ganz offen, daß Frankreich auf keinen Fall den Fehler begehen werde, in eine Kombination einzutreten, in der Deutschland und Italien jedesmal die Antragsteller seien und in der England lediglich die Rolle des Schiedsrichters spiele, und alles was beschlossen werde, auf Kosten Frankreichs oder seiner Freunde geschehen werde. Die französische Regierung werde daher, so sagt das Blatt weiter, nur dann ihre Zustimmung dem Pakt geben, wenn auch Polen und die Kleine Entente einbezogen würden. Sollte sich diese Forderung als nicht erfüllbar erweisen, so werde sie zur Grundbedingung machen, daß jede mittelbare oder unmittelbare Aufforderung zur Revision von Verträgen ausgeschaltet werde.

Einer der Hauptrufer im Streite ist der frühere Ministerpräsident Herriot, der am Sonntag in einer Rede in Lyon ziemlich leidenschaftlich gegen das italienische Projekt gesprochen hat. U. a. erklärte er, für ihn existiere der Begriff der „kleinen Nation" überhaupt nicht. Er kenne nur Nationen mit gleichen Rechten und Pflichten. Ein Verfahren, bei dem man das Schicksal der kleineren Mächte durch die Großmächte zu regeln versucht, sei als „Imperialismus" abzulehnen. Es existiere ein Selbstbestimmungsrecht der Völker, das aus den Grundsätzen der klassischen französischen Revolution herausgewachsen sei. Etwas anderes möge es sein, wenn ein Volk von sich aus eine Aenderung wünsche. Aber wenn man die Karte Europas neu gestalten wolle, so sei darauf zu erwidern, daß sie bereits 1919 neu geschaffen worden sei.

Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, wenn ein Vertreter der Macht, die bisher ihr oberstes Ziel darin sah, Deutschland politisch und wirtschaftlich niederzuhalten, auf einmal nur „Nationen mit gleichen Rechten und Pflichten" kennen will. Auch das alte Schlagwort von dem „Selbstbestimmungsrecht" führt Herriot wieder im Munde, doch will er es selbstverständlich nur seinen „kleinen Freunden" zubilligen, während man es Deutschland und Oesterreich bis heute noch verweigert. Für seine Vasallen fordert Frankreich das Selbstbestimmungsrecht, das 60 Millionen starke deutsche Volk soll aber noch weiter unter dem Drucke des Gewaltvertrages von Versailles gehalten werden und auf jede Nachprüfung dieser aufgezwungenen Abmachungen verzichten.

Als Helfershelfer hat sich Frankreich natürlich wieder seine Vasallen verschrieben, die sich nicht genug entrüsten können über die „Diktatur der Großmächte" und eine große Gegenproganda gegen den Viererpakt inszeniert haben. Der Haupthetzer, der zur Zeit in Paris weilende rumänische Außenminister Titulescu, der jedesmal, wenn Frankreich in Gefahr ist, seine Vasallendienste anbietet. Eine Pariser Meldung des „Daily Telegraph", die deutlich ihren Ursprung erkennen läßt, besagt, der von London nach Paris und Rom gesandte Entwurf des Viermächtevertrages unterscheide sich erheblich von der „unmöglichen Auffassung" Mussolinis. Die britische Regierung scheine anzuregen, es solle den vier Mächten freistehen, jedes Problem, darunter auch das der Revision der Friedensverträge, zu erörtern. Wenn sie dann ein Einvernehmen über die betreffende Frage erzielt hätten, würden sie andere interessierte Mächte an der Beratung beteiligen und um ihre Zustimmung ersuchen. Falls die Zustimmung verweigert werde, solle die ganze Frage fallen gelassen werden. In den Kreisen der Kleinen Entente erfahre man, daß diese Vorschläge für Prag, Belgrad und Bukarest nicht annehmbar seien, weil die bloße Tatsache eines Einvernehmens der vier Großmächte dazu führen könnte, daß Deutschland sich moralisch berechtigt fühle, durch gewaltsame Mittel zu erlangen, was ihm durch friedliche Mittel nicht erreichbar wäre.

Leider scheinen die Proteste Frankreichs und der Kleinen Entente nicht ganz ohne Erfolg geblieben zu sein. In der Denkschrift, die der englische Botschafter in Paris am letzten Sonnabend der französischen Regierung überreicht hat, soll die Möglichkeit einer Hinzuziehung Polens und der Kleinen Entente zu den Beratungen der Großmächte offen gelassen worden sein, „für den Fall, daß dieses oder jenes sie besonders interessierende Problem zur Debatte kommen sollte". Angeblich soll auch die italienische Regierung, deren Chef in den letzten Tagen eine eingehende Aussprache mit dem französischen Botschafter in Rom, de Jouvenet, hatte, eine beruhigende Erklärung abgegeben haben. Von anderer Seite wird allerdings ganz entschieden bestritten, daß Mussolini von seiner ursprünglichen Auffassung abgewichen sein soll. Paris befindet sich jedenfalls in großer Verlegenheit. Man will Mussolini nicht vor den Kopf stoßen, und man will vor allem die militärischen Bündnisse mit der Kleinen Entente und Polen sichern. Wahrscheinlich wird Paris den italienisch-englischen Plan möglichst zu verwässern suchen. Die französische Regierung dürfte sich deshalb auch nicht weigern, in Verhandlungen über den Viererpakt einzutreten, allerdings wird sie hierbei bezüglich der Beteiligung Polens und der Kleinen Entente allerhand Vorbehalte machen, die letzten Endes den Zweck und Sinn des Viererpaktes gerade in das Gegenteil, nämlich in die Stabilisierung der französischen Vorherrschaft, verkehren. Zu derartigen Machenschaften kann aber Deutschland niemals seine Hand reichen. Nur restlose Ausräumung aller friedenstörenden Faktoren, vor allem die schleunigste Revision der unhaltbaren Grenzziehungen des Versailler Vertrages, kann zu einer wirklichen Befriedung Europas führen.

Maßnahmen gegen Flüchtlinge?

Flucht ins Ausland bedeutet freiwilliges Ausscheiden aus der deutschen Volksgemeinschaft.

Berlin, 4. April.

Weite Kreise des deutschen Volkes sind darüber empört, daß gewisse, in den letzten vierzehn Jahren an maßgebender Stelle stehende Männer jetzt die Grenzen überschritten haben und von dem in Deutschland verdienten Gelde im Ausland ein gutes Leben führen.

Wie verlautet, sind Erwägungen im Gange, daß besonders in dem Fall, wo es sich bei den ins Ausland Geflüchteten um Beamte oder im Staatsdienst stehende Männer handelt, Maßnahmen ergriffen werden können, die die ins Ausland Geflüchteten ihrer Rechte als verlustig gegangen erklären. Es ist in erster Linie daran gedacht, daß ins Ausland geflüchtete Beamte, Saboteure usw., die durch die Flucht ins Ausland sich freiwillig als nicht zur deutschen Volksgemeinschaft gehörig bekannt haben und die Interessen ihrer Mandanten schwer geschädigt haben, unter diese Bestimmungen fallen, und keines der bisher innegehabten Rechte in Zukunft erhalten oder wiedererlangen können.

„Numerus clausus" auch für Notare?

Berlin, 4. April.

Wie verlautet, dürfte schon in Kürze eine Anordnung des preußischen Justizministers Kerrl zu erwarten sein, die die außerordentliche Erregung weitester Volksschichten und besonders der Rechtsuchenden über die Tatsache, daß Juden als Notare tätig sind und in dieser Eigenschaft Amtssiegel mit den staatlichen Emblemen verwenden, feststellt. Es dürfte dann das dringende Ersuchen an die jüdischen Notare gerichtet werden, sich bis zur endgültigen Regelung der Notariatsfrage jeder Tätigkeit zu enthalten, um nicht Ruhe, Sicherheit und Ansehen der Rechtspflege zu gefährden. Wie man hört, würde ein solches Ersuchen gleichzeitig eine Entbindung der jüdischen Notare von ihrer Pflicht zur Erfüllung des Notariats bedeuten.

Die Säuberung in der Justiz

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind die von dem preußischen Justizminister Kerrl eingeleiteten Maßnahmen keineswegs vorübergehender Natur, vielmehr sollen diese Maßnahmen sicherstellen, daß die preußische Justiz von fremdrassigen Einflüssen gereinigt, das Ansehen der Rechtspflege dadurch wiederhergestellt und tiefgehende Beunruhigung des Volkes in Zukunft verhindert wird.

Pressezensur in Amerika.

Scharfes Pressegesetz in den Vereinigten Staaten.

Washington, 3. April. Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag eine überraschend eingebrachte Regierungsvorlage an, die 10000 Dollar Geldstrafe oder zehn Jahre Gefängnis oder beides solchen Personen androht, die absichtlich und ohne hierzu von der amerikanischen Regierung ermächtigt worden zu sein, Nachrichten verbreiten oder anderen zugänglich machen, welche die Sicherheit oder die Interessen der amerikanischen Regierung gefährden.

Der Grund für die Einbringung der amerikanischen Pressezensur-Vorlage.

Neuyork, 3. April. Wie verlautet, hat die amerikanische Regierung die Pressevorlage deshalb eingebracht, um u. a. die Veröffentlichung eines Buches zu verhindern, das ein gewisser Major W. O. Yardley, ein früherer Angestellter des Staatsdepartements, geschrieben hat und das Black Chambers betitelt ist. Das Buch soll Indiskretionen über die Politik der Vereinigten Staaten im Fernen Osten enthalten.

Verkleinerte Landesparlamente

Als Folge des Gleichschaltungsgesetzes.

Berlin, 4. April.

In Auswirkung des Gleichschaltungsgesetzes werden die deutschen Landesparlamente eine Verkleinerung erfahren. So dürften dem neuen Landtag von Sachsen statt bisher 96 nur noch 70 Abgeordnete, dem Württembergischen Landtag statt 80 nur 54, dem Landtag von Hessen statt bisher 70 nur noch 50, dem Anhaltischen Landtag nur noch 30 statt bisher 36 und dem Bückeburgischen Landtag nur noch 12 statt 15 Abgeordnete angehören.

In den beiden Mecklenburgischen Landtagen, dem Hessischen und Oldenburgischen Landtag sowie in Lippe-Detmold haben die Nationalsozialisten künftig die Mehrheit.

Im einzelnen dürften sich die Mandate in den neuen Landesparlamenten wie folgt verteilen:

Sachsen: NSDAP. 38 (bisher 13), DNVP. 6 (10), DVP. 1 (8), Christlich-Soziale 1 (2), Staatspartei 1 (3), Zentrum 1 (0), SPD. 22 (32).

Württemberg: NSDAP. 26 (bisher 23), Zentrum 10 (17), SPD. 9 (14), Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 3 (3), Christlichsozialer Volksdienst 2 (3), Demokratische Partei 1 (4), Bauern- und Weingärtnerbund 3 (9).

Bayerns neuer Landtag

München, 4. April.

Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes ist der Bayerische Landtag aufgelöst worden. Das ungefähre Bild der Zusammensetzung des neuen Landtages wird etwa folgendes sein: NSDAP. 48 (bisher 43), Bayr. Volksp. 30 (45), SPD. 18 (bisher 20), DNVP. 5 (bisher 3) und Bauernbund 3 (bisher 9). Da die Kommunisten unberücksichtigt bleiben, wird der neue Bayerische Landtag etwa 104 bis 106 Abgeordnete zählen, gegen 128 Mitglieder des aufgelösten.

Es bedarf erst noch einer sehr sorgfältigen Nachprüfung an Hand der Stimmergebnisse und der verschiedenen Listenverbindungen, ob allenfalls noch je ein Mandat für die DVP. und auf den Christlichsozialen Volksdienst entfallen.

Die Beamten-Spitzenvertretung

Berlin, 4. April.

Wie der Preußische Pressedienst der NSDAP. ausführt, soll künftig an die Stelle der demokratisch-parlamentarischen Beamtenverbände die Beamtenabteilung der NSDAP. treten. Neben den bisherigen ethischen und ideellen Aufgaben werde die Beamtenabteilung auch die Betreuung der Beamtenschaft in wirtschaftlicher und personeller Hinsicht übernehmen und alle ständischen Arbeiten miterledigen.

In der Beamtenabteilung der NSDAP. seien 19 Fachschaften für Reichsbahn, Reichspost, Steuer, Zoll, Reichswehr, Polizei, Justiz, Lehrer, kommunale Verwaltungen usw. eingerichtet. Mitglieder können nur eingeschriebene Nationalsozialisten werden. Die übrigen Beamten können als Sympathisierende der Bewegung Anhänger werden. Als Nachrichtenblatt gilt die „Nationalsozialistische Beamtenzeitung". Neben der Pflege der genannten Aufgaben soll den Mitglieder Versicherungsschutz, Krankenbeihilfe und Sterbeversicherung gewährt werden.

Sichtvermerkszwang bei Auslandsreisen

Berlin, 4. April.

Die angekündigte Wiedereinführung des Ausreisesichtvermerks für Inländer ist nunmehr erfolgt. Es handelt sich um eine Bekanntmachung des Reichsministers des Innern, die vier Paragraphen umfaßt. Die Bekanntmachung stützt sich auf die Paragraphen 3 und 6 Absatz 1 der Paßverordnung vom 10. Juni 1919 und bestimmt, daß Reichsangehörige bis auf weiteres zum Grenzübertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet eines Sichtvermerks bedürfen. Die Anordnung ist bereits in Kraft getreten.

Nach einer preußischen Ausführungsordnung werden die Sichtvermerke gebührenfrei ausgestellt, in Berlin vom Polizeipräsidenten.

Japans neuer Botschafter Matsuzo Nagai traf auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein. Der Botschafter wird in den nächsten Tagen dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

NSDAP-Kundgebung

Reich und Saargebiet unzertrennlich verbunden.

Zweibrücken, 4. April.

Die pfälzische Stadt Zweibrücken war Schauplatz einer machtvollen Grenzlandkundgebung der NSDAP. für Saar und Pfalz. Fast jedes Haus trug Flaggenschmuck. An der Kundgebung nahm das ganze Saarland teil, keine Stadt, keine Landschaft fehlte. Jeder Berufsstand war vertreten. Auch Beamte der Regierungskommission waren anwesend. An dem Aufmarsch der SA., den die Bevölkerung mit jubelnder Begeisterung verfolgte, beteiligten sich auch die saarländischen Abteilungen, die Schilder mit der Aufschrift trugen: „Ehemalige SS. des Saargebiet", „Wir sind verboten!" Den Festzug eröffneten berittene SS.-Abteilungen. Im Zuge wurden zahlreiche Transparente mitgetragen, die den unerschütterlichen Willen des Saarvolks zur Rückkehr ins Reich verkündeten.

Im Anschluß an den Festzug, der annähernd zwei Stunden dauerte, fand die eigentliche Grenzlandkundgebung in der Festhalle statt, die jedoch nur einen Bruchteil der Teilnehmer fassen konnte, so daß die übrigen auf den benachbarten Plätzen Aufstellung nehmen mußten. Der SA.-Oberführer der Pfalz, Schwitzgebel, feierte den unerschütterlichen Glauben der Saarländer an Reich und Vaterland und richtete einen packenden Appell an das Saargebiet, die kurze Zeit in der Knechtschaft bis zur Entscheidung auszuharren.

Ein eindrucksvolles Bild von der Bedrückung und Verfolgung der NSDAP. im Saargebiet gab der Gauführer der Saar, Buerckel. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Gauleiter vor allem gegen die hochverräterischen Machenschaften der KPD.- und SPD.-Kreise, die ein Eingreifen Frankreichs provozieren und damit nochmals den Versuch einer bolschewistischen Revolution machen wollten. Neunkirchen sei besonders der Sitz dieser Verbrechergesellschaften.

Mit Heil-Rufen auf Adolf Hitler schloß die nationale Feierstunde im deutschen Grenzland.

Treugelöbnis der Metallarbeiter

Eine in Saarbrücken tagende Konferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Führung und Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes des Saargebiets bekennen sich in Liebe und Hingebung zu Volk und Vaterland. Sie stehen in aufbauwilliger Arbeit hinter den nationalen und sozialen Kräften der Reichsregierung und erwarten auf das bestimmteste, daß sich die christlich nationale Gewerkschaftsbewegung frei und ungehemmt zum Segen für das deutsche Vaterland entwickeln kann."

Verstärkung des Futterbaues

Regierungsappell an die Bauernschaft.

Berlin, 4. April.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hugenberg, richtet im Anschluß an die neue Ordnung der Fettwirtschaft einen Appell an die Landwirtschaft, in dem es u. a. heißt:

Die grundlegende Neuordnung der Fettwirtschaft durch die Reichsregierung eröffnet der deutschen Landwirtschaft nicht nur bessere Aussichten für den Absatz der bäuerlichen Edelprodukte, sondern sie stellt auch gleichzeitig die agrarische Produktion vor große Aufgaben:

Ziel des umfassenden Gesetzwerkes ist nicht nur die allmähliche Erringung der Unabhängigkeit Deutschlands in der Fettversorgung. Es gilt auch, die deutsche Viehwirtschaft in ihrem Futtermittelbedarf auf eigene Füße zu stellen. Dieser Aufgabe soll die Einbeziehung der Oelsaaten und Oelkuchen in das Maismonopol dienen.

Das Maismonopol wird auf eine allmähliche Verringerung des Oelkuchenverbrauchs soweit die Ware unmittelbar aus dem Auslande kommt, hinarbeiten. Bei konsequenter Durchführung der Fettwirtschaft wird sich aber auch zwangsläufig eine Verminderung des Oelkuchenanfalles aus ausländischen Oelsaaten im Inlande ergeben.

Dementsprechend werden die der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden ausländischen Kraftfuttermittel zwangsläufig knapper werden. Pflicht eines jeden Landwirtes ist es daher schon jetzt, bei der Frühjahrsbestellung die Betriebsführung auf diese Entwicklung einzustellen. Es kommt also darauf an, die Erzeugung wirtschaftseigener eiweißreicher Futtermittel zu steigern.

Hierbei wird die Silofutterbereitung in wesentlich stärkerem Maße als bisher herangezogen werden müssen.

Es werden in dem Appell dann für die verschiedenen Bodenarten Empfehlungen gegeben, welche Futtermittelpflanzen zweckmäßig anzubauen sind.

Verschiedenes.

Theologische Schule Elberfeld. — Unterrichtsplan für das Sommersemester 1933. 1. Pflichtübungen für 1. und 2. Semester: Bibelkunde des Alten Testaments I P. Weber. Bibelkunde des Neuen Testaments I Dr. Graffmann. Einführung in das theologische Studium I P. Weber.

2. Pflichtübungen für 3. und höhere Semester: Lektüre und Besprechung ausgewählter Psalmen, P. Weber (Ergänzung zur Bibelkunde, nur für Studierende, die mindestens im Kurs Hebräisch II sind). Lektüre und Besprechung ausgewählter Stücke des Lukasevangeliums, D. Hesse (Ergänzung zur Bibelkunde, nur für Studierende, die mindestens im Kurs Griechisch II sind). Einführung in das theologische Studium III, P. Weber.

3. Wahlübungen: Besprechung zweier Briefe Calvins D. Hesse. Melanchthons Loci communes (1521), Lic. Sinning (zur Einführung in das „theologische Latein"). Indische Missionsprobleme, Miss.-Insp. Viering. Geschichte der antiken Philosophie, Dr. Graffmann. Der jüngere Luther, Lic. H. Klugkist Hesse. Johannes Calvin, Lic. Niesel. Der reformierte Protestantismus in Deutschland II, P. Langenohl. Gotteserkenntnis (nur für 3. und höhere Semester), Lic. de Quervain.

4. Sprachkurse.

Das Semester beginnt voraussichtlich am 19. April.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. **30 Jahre Bielefelder Haushaltsverein e. G. m. b. H.** Der Bielefelder Haushaltsverein, der in diesem Jahre auf ein 30-jähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt seine diesjährige Vertreterversammlung (Generalversammlung) ab. — Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Hoffmann, hob hervor, daß der Bielefelder Haushaltsverein getreu seiner Satzungspflicht stets deutsche Genossenschaftsarbeit geleistet habe und daran festhalten werde. Anschließend gab er einige Erklärungen zu dem Revisionsbericht des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. über die im Oktober 1932 vorgenommene Revision. Durch das Vorstandsmitglied Herrn Schnake wurde das Ergebnis des Jahresabschlusses für 1932 bekanntgegeben. Der Jahresumsatz betrug 3853400,— RM. Die Minderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahre ist auf die Preissenkung zurückzuführen. Die Mengenverteilung ist vielfach größer gewesen, was durch einige Vergleichszahlen erläutert wird. Die steuerliche Belastung ist von 94 000,— RM in 1931 auf 110 000,— RM in diesem Geschäftsjahre gestiegen. Das Gewinn- und Verlustkonto sieht eine Abschreibung auf „Grundstück und Gebäude" von 45 000,— RM vor, während eine Zuweisung an den Reservefonds von 40 300,— RM erfolgt, wonach dieser per 31. 12. 32 334 412,81 RM beträgt. Dagegen ist die Haftsumme der Mitglieder nur 150 370,— RM. Die Bilanz wurde genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die 6proz. Rückvergütung = 224 300,— RM — wird in der ersten Aprilwoche in bar ausgezahlt. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden an Sterbeunterstützung 5 889,— RM und an Unterstützung erwerbsloser Mitglieder (Weihnachtsgabe) 4 847,— RM gezahlt. Außerdem genießen erwerbslose Mitglieder die seinerzeit mit dem Magistrat vereinbarte 5proz. Verbilligung verschiedener Lebensmittel. Die Versammlung genehmigte die vom Vorstand vorgelegte Aenderung der Satzung für Sterbeunterstützung.

Frühjahrs-Stoffe

in großer, geschmackvoller Auswahl preiswert wie immer, in guten Qualitäten von

Buddeberg

Bielefeld Niedernstr. 5—9

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten



Aluminium-Geschirre

für Küche und Tisch

Sowie die bei uns selbst angefertigten

Korbwaren, Sessel und Tische

Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Gelegenheitskauf!

Stutz-Flügel, Piano und Harmonium

gesp. aber gut erhalten, ausnahmsw. billig zu verkaufen (evtl. Teilzahlg.). **Festing, Bielefeld, Arndtstraße (Nähe Bahnhofstraße)**

Sämereien für Garten und Feld

Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten

Rosen u. Stauden in guter Auswahl

Dahlien, Knollengewächse

Ziersträucher, Heckenpflanzen

Nadelgehölze, Schlingpflanzen

Preisliste gern auf Wunsch

und sonstige **Gartenartikel** bietet an die

Gärtnerei der Anstalt Bethel

bei Bielefeld

Haushaltungsschule „Marthahaus"

des Diakonissenhauses „Elisabethenstift", Darmstadt.

Ausbildung in allen Zweigen des Haushaltes. Christliche Erziehung und Unterricht. Eintritt 1. April oder 1. Mai. Jahres- und Halbjahreskurse. Alter 14—22 Jahre. Schul- und Pensionspreis monatlich 45,— Mk. Anfragen an die **Leitung des Marthahauses, Darmstadt,** Stiftstraße 14

KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH

BIELEFELD TELEFON No. 1306

WALTER FILLIES

Uhren, Gold- u. Silberwaren

Reparaturen

preiswert u. sauber

Bielefeld, Gütersloherstr. 40a

Gegenüber Bethel-Eingang

Marienheim

Leipzig, Marienstraße 14

bietet alleinsteh. od. berufstätigen Damen und Schülerinnen behagl. Heim auf christlicher Grundlage. Pensionspreis monatl. Mk. 69.— bis 90.—. Zentrale Lage. Passantenzimmer vorhanden.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Dienstag, 8¼ Uhr Mitgliederversammlung in Gosen. Es spricht Herr Pastor Lic. Merz über das Thema: „Was ist radikal? Was ist konservativ?"

Anzeigen aus Bethel.

Ab Donnerstag, den 6. April, gelangt ein Posten Reste, wie Kleider- und Schürzenstoffe, Bettsatin, Bettdamaste, Hemdentuche, Nessel usw., zu sehr günstigen Preisen zum Verkauf.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.